

# A Leit Antrag

## A.1 Inhaltliche Schwerpunkte zur Wahlstrategie des Kreisverbandes Westsachsen für die Bundestagswahl 2013

### Einleitung:

DIE LINKE ist nach ihrem eigenen Selbstverständnis und auch in der öffentlichen Wahrnehmung **die** Partei der sozialen Gerechtigkeit, des Friedens sowie der konsequenten Demokratisierung der Wirtschaft und der Gesellschaft.

Wir wollen im Wahlkampf deutlich machen, dass wir für die sozialen Lebensinteressen der Menschen, für eine friedliche Außenpolitik und eine umfassende Demokratisierung der Gesellschaft und der Wirtschaft stehen.

In unserem Wahlkampf führen wir die Auseinandersetzungen mit den anderen Parteien um jede Stimme. Aber wir unterbreiten den Wählerinnen und Wählern und nicht den mit uns konkurrierenden Parteien ein klares politisches Angebot. Wir wollen Schritt für Schritt die Dominanz der CDU im Direktwahlkreis brechen und als mittelfristiges Ziel diesen für uns gewinnen. Unsere Zielstellung muss weiter sein, im Zweitstimmenergebnis möglichst nah an unser gutes Abschneiden bei der Bundestagswahl 2009 heran zu kommen und dieses im besten Fall noch zu verbessern. Je stärker wir sind, desto besser sind die Voraussetzungen eine Politik gegen die sozialen und demokratischen Interessen der Bevölkerungsmehrheit zu verhindern.

Unser Wahlkampf soll aufklärend, nach vorn gerichtet und konstruktiv, provokant, witzig und offen für ein Mitmachen sein. Vor allem aber, soll er sich an den Lebensrealitäten der Menschen ausrichten und diese ernst nehmen.

### Folgende inhaltliche Schwerpunkte sollten im Mittelpunkt unseres Bundestagswahlkampfes stehen:

Aus der nunmehr über 5 Jahre dauernden **Banken- und Finanzmarktkrise** entwickelt sich immer mehr eine **Krise der Gesellschaft**. Wir thematisieren die Zweifel, ob sich die Krisenpolitik der schwarz-gelben Regierungskoalition weiter aufrecht erhalten lässt. Die Verelendung breiter Bevölkerungsschichten, die Arbeitslosigkeit und eine wachsende Perspektivlosigkeit gerade auch der jungen Menschen in den Krisenstaaten wächst. Die sozialen Verwerfungen führen zum Wegbrechen von Existenzgrundlagen und drohen zu gewaltsamen Konflikten mit unabsehbaren Konsequenzen zu führen. Die Krise und die Krisenpolitik Deutschlands gefährdet den Frieden in den betroffenen Ländern und bedroht den Zusammenhalt und die Demokratie in ganz Europa.

Wir bieten in unserem Bundestagswahlkampf mit unserem Spitzenkandidaten, Dr. Axel Troost, eine **inhaltliche Analyse und finanzpolitische Alternativen** zur **Krisenpolitik** der Regierungskoalition an.

Die derzeit erlebbare Krisenpolitik ist nicht alternativlos, wie es über die Medien permanent verbreitet wird. Wir lassen nicht zu, dass der massive Sozialabbau in Staaten wie Griechenland, Portugal oder Spanien als "Teststrecke" für einen radikalen Einschnitt in den Sozialsektor Deutschlands genutzt wird.

Wir stehen für einen **Neustart der Europäischen Union**, mit dem Ziel einer **Demokratisierung Europas**, einer **von den Finanzmärkten befreiten Staatsfinanzierung** der Mitgliedsländer sowie einer koordinierten und **demokratisch kontrollierten Wirtschafts- und Sozialpolitik**.

Einkommen und Vermögen haben sich in den vergangenen Jahren gravierend ungerechter verteilt. Nur 10 % der Bevölkerung besitzen über 60 % des gesamten Vermögens mit deutlich steigender Tendenz. Es gibt heute mehr MillionärInnen und mehr arme Menschen in Deutschland als noch vor der Krise. Die VerursacherInnen der Krise sind wieder einmal die GewinnerInnen.

Die Schere zwischen Arm und Reich klafft umso weiter auseinander. Die rot-grüne Sozialfalle "Hartz IV", die unter schwarz-gelb nur verschärft wird, ist gescheitert. Auch in unserem Landkreis sind Menschen von existenziellen Ängsten bedroht, weil sie nach Jahren im Arbeitsleben plötzlich von den existenzfeindlichen Regelsätzen und einem unwürdigen Sanktionssystem betroffen sind. Die Ereignisse um traditionsreiche Unternehmen oder namhafte Großhandelseinrichtungen auch im Landkreis Leipzig zeigen, dass es von heute auf morgen alle Menschen treffen kann. Wir wollen einen aktiven Sozialstaat, der die Lebensrisiken wie Krankheit, Unfall, Pflegebedürftigkeit und Behinderung sowie Erwerbsunfähigkeit und Erwerbslosigkeit solidarisch absichert, vor Armut schützt und im Alter ein selbstbestimmtes Leben in Würde garantiert.

DIE LINKE streitet für ein selbstbestimmtes Leben von allen Menschen. Wir stehen für einen Ausbau des Sozialstaates, von Bildung, Gesundheit und Pflege und für die gerechte Finanzierung der öffentlichen Leistungen, durch eine kräftige Besteuerung des Reichtums. Wir wollen die Frage der sozialen Gerechtigkeit, der Entstehung und Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums sowie die Notwendigkeit der Stärkung des Sozialen und des Öffentlichen zum zentralen Thema machen. Wir wollen eine **UmFairteilung des gesellschaftlichen Reichtums**.

„Meine Armut ist Dein Reichtum“ – dieser Ausspruch war noch nie so aktuell wie heute. Die steigende Armut führt zu einer Einschränkung der Mobilität, zu einer Einschränkung bei der Teilnahme am sozialen und kulturellen Leben, zu einer Einschränkung beim politischen Engagement. Sozialer Austausch, menschliches Miteinander und Zusammensein werden schwieriger, der soziale Zusammenhalt wird brüchig. Wir wollen mehr **Menschlichkeit, mehr soziale Nähe, Mobilität, Teilhabe und freie Zugänge zu dem, was der Mensch zum Leben in der Gemeinschaft braucht**.

Wir erleben derzeit heftige Auseinandersetzungen um die Energiewende in Deutschland. Große Energieversorgungsunternehmen und regierende Politik behindern eine wirkliche Energiewende und wollen zentrale Lösungen. Damit verhindern sie bewusst bürgernahe und kommunale Formen der Energieversorgung. Wir wollen die Energiewende, den sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft, wir wollen regenerative Energien als Chance und nicht als Untergangsszenario der Multienergiekonzerne begreifen. **Wir wollen bürgernahe und kommunale Formen der Energieversorgung auf der Grundlage regenerativer Energien**.

Wir machen keine Politik, die ihren WählerInnen das Gefühl gibt, abhängig Beschäftigte der Regierung zu sein. Wir machen keine Politik, die auf Überwachung, Bevormundung und Repression als primäre Handlungsoptionen setzt. Wir machen keine Politik, die von den Interessen der Märkte gelenkt wird. Politik ist für uns die Kunst, zwischen dem politisch Gewollten und den wirtschaftlichen Märkten zu vermitteln. Parlamente davon zu überzeugen, dass die Wirtschaft dem Wohlstand der BürgerInnen und dem Gemeinwohl dient, die Wirtschaft davon zu überzeugen, dass Kommunen nicht gewinnorientiert geführt werden können, wie Unternehmen - dies ist unser Auftrag.

Wir wollen eine stärkere kommunale Selbstverwaltung. Immer mehr Aufgaben werden an die Kommunen delegiert, ohne dass die dafür notwendigen Finanzen zur Aufgabenerfüllung zur Verfügung gestellt werden. **Wir wollen, dass das Geld den Aufgaben folgt, dass Kommunen auskömmlich finanziert sind und Kraft für Investitionen in Kindereinrichtungen, Schulen und andere soziale Einrichtungen haben**.

Wir wollen eine Regionalpolitik, an der die Bürgerinnen und Bürger vor Ort demokratisch beteiligt werden und die alle vorhandenen lokalen und regionalen Entwicklungspotenziale fördert. Erforderlich ist eine verbesserte Zusammenarbeit und Verflechtung von Wachstumszentren und strukturschwachen ländlichen Gebieten. Uns geht es darum, durch umfassende Angebote in Bildung, Kultur, Freizeit- und Kinderbetreuungseinrichtungen und mit der Förderung attraktiver Arbeitsplätze lebenswerte Rahmenbedingungen - besonders für junge Menschen - zu schaffen, so dass es sich lohnt, in der Region zu bleiben.

Wir gehen als Friedens- und Abrüstungspartei, als Partei einer zivilen Konfliktlösung und der solidarischen Zusammenarbeit in den Bundestagswahlkampf. Wir bleiben bei unserer Forderung eines

**sofortigen Rückzugs der Bundeswehr aus allen Auslandseinsätzen** und fordern als Sofortmaßnahme den **Stopp aller Rüstungsexporte in Kriegs- und Krisenregionen wie den Nahen Osten.**

**Zusammenfassung:**

1. Wir stehen für eine Umverteilung von oben nach unten und für eine deutliche Begrenzung und Besteuerung von Reichtum.
2. Wir sind eine Partei des Öffentlichen und des Kommunalen und stehen für eine starke, finanziell autarke und ausgeprägte kommunale Selbstverwaltung.
3. Wir stehen für eine neue soziale Idee, die die Würde und die Selbstbestimmung der Einzelnen in den Vordergrund stellt.
4. Wir wollen eine Rente, die den Lebensstandard sichert, solidarisch finanziert ist und die Angleichung der ostdeutschen Renten an das Westniveau der Renten einschließt.
5. Wir stehen für einen konsequenten sozial-ökologischen Umbau, im Sinne unserer nachfolgenden Generationen.
6. Wir sagen NEIN zu Kriegseinsätzen und NEIN zu Rüstungsexporten. Mit uns wird kein Geld mit Blut gemacht.
7. Wir wollen einen Neustart der Europäischen Union mit dem Ziel einer Demokratisierung Europas und einer von den Finanzmärkten unabhängigen Staatsfinanzierung.
8. Wir wollen ein Europa der Menschen und kein Europa der Märkte.
9. Wir stehen für einen solidarischen Sozialstaat, für eine aktive Arbeitsmarkt- und eine attraktive Regionalpolitik.
10. Wir wollen bürgernahe und kommunale Formen der Energieversorgung, damit Strom, Wasser, Gas bezahlbar bleibt.
11. Wir wollen eine Demokratisierung der Gesellschaft.

**Entscheidung des Parteitages**

angenommen  abgelehnt

Überwiesen an: \_\_\_\_\_

Stimmen dafür: MH                      dagegen: -                      Enthaltungen: 1

Bemerkungen: Einmütig angenommen